

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 11.05.2010
Dezernat V	Amt Amt 51	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

INFORMATION

I0128/10

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	25.05.2010	nicht öffentlich
Jugendhilfeausschuss	10.06.2010	öffentlich
Stadtrat	24.06.2010	öffentlich

Thema: Stand der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans für Demokratie und Toleranz in der Landeshauptstadt Magdeburg

Am 1. Januar 2007 startete mit einer dreijährigen Laufzeit das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“. Die Bundesregierung hat sich vor dem Hintergrund der weiten Verbreitung des Rechtsextremismus zum Ziel gesetzt, gerade bei jungen Menschen die demokratische Kultur und das zivile Engagement nachhaltig zu stärken sowie an den universalen Menschenrechten orientierte Werte zu fördern. So bilden neben Migranten/-innen und Multiplikatoren/-innen, junge Menschen und insbesondere rechtsextremistisch gefährdete Jugendliche die Hauptzielgruppen des Programms. Jährlich werden bundesweit 19 Millionen Euro durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Verfügung gestellt. Das Programm besteht aus insgesamt drei Säulen: 1. Entwicklung integrierter lokaler Strategien („Lokale Aktionspläne“), 2. Modellprojekte und 3. Evaluation. Inhaltliche und strukturelle Ergänzung erfahren die geförderten Maßnahmen darüber hinaus durch die so genannten Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt, die durch das Bundesprogramm „kompetent. für demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ gefördert werden.

Im Förderschwerpunkt „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ erarbeiten Vertreter der Kommunalverwaltung und -politik in enger Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren einen Lokalen Aktionsplan. Dieser beruht auf einer spezifischen Analyse der Problemlagen und Ressourcen des Fördergebietes, verfolgt mit konkreten Maßnahmen und Entwicklungsschritten eine langfristige integrierte Strategie zur Demokratieentwicklung und fördert lokale Vernetzungen und Kommunikationsstrukturen.

Ende 2006 reichte das Jugendamt der Landeshauptstadt eine Interessenbekundung bei der vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend eingesetzten Regiestelle, der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH (gsub), ein. Im Mai 2007 erhielt die Verwaltung eine Aufforderung zur Formulierung des Antrages. Im August desselben Jahres erhielt die Stadt den entsprechenden Zuwendungsbescheid. Die Projektlaufzeit für den Lokalen Aktionsplan der Landeshauptstadt Magdeburg ist nach einer im 1. Förderjahr genehmigten Verlängerung auf den Zeitraum vom 1. September 2007 bis 31. Dezember 2010 festgelegt.

Für die Erstellung und jährliche Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans erhält die Stadt Fördermittel in Höhe von maximal 100.000 EUR jährlich, womit dann im Folgenden konkrete Einzelprojekte zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplans finanziert werden. Die Entscheidung über die Projektförderung trifft ein Begleitausschuss.

Auf einem Workshop im Mai 2007 wurde eine Situationsanalyse in Bezug auf Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in der Stadt Magdeburg vorgenommen, eine Ressourcenanalyse von bereits bestehenden Konzepten und Maßnahmen im Umgang mit diesen Problembereichen erstellt, sowie eine Zielformulierung zu partizipativen, demokratiefördernden Handlungsstrategien entwickelt. Auf der Grundlage der Ergebnisse des Workshops wurden im Lokalen Aktionsplan der Landeshauptstadt Magdeburg Problemlagen, Leitziele und Zielgruppen formuliert.

Leitziele

1. Stärkung der demokratischen und politischen Kultur zur Prävention von Rechtsextremismus
2. Förderung des interkulturellen Dialogs
3. Förderung von Zivilcourage und zivilgesellschaftlicher Meinungsäußerung

Zielgruppen

- nicht-rechte sowie politisch noch nicht festgelegte Jugendliche
- rechtsextrem gefährdete Jugendliche
- Multiplikator/-innen
- Migrant/-innen

Eine Ziel- und Zielgruppenevaluation fand sowohl mit den beteiligten freien Trägern wie auch mit den Mitgliedern des Begleitausschusses und des Ämternetzwerkes mindestens einmal jährlich statt.

Begleitausschuss

Der Begleitausschuss (BGA) setzt sich laut verabschiedeter Geschäftsordnung aus insgesamt 15 Vertreter/-innen aus den Bereichen öffentliche Verwaltung und freie Träger, gesellschaftliche

Organisationen, Institutionen sowie Vertreter/-innen aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Sport zusammen.

Der Begleitausschuss tagt regelmäßig alle sechs bis acht Wochen und entscheidet über die Förderung der bei der Koordinierungsstelle eingereichten Projektanträge.

Ämternetzwerk

Neben dem zivilgesellschaftlich dominierten Begleitausschuss bündelt das Ämternetzwerk die Maßnahmen der Verwaltung und sorgt für die Nutzbarmachung von Querschnittskompetenzen für die Akteur/-innen.

Koordinierungsstelle

Die Lokale Koordinierungsstelle wurde gemäß des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses bei dem Träger Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V. eingerichtet. Sie ist die zentrale Ansprechpartnerin für den Arbeitsverbund des Lokalen Aktionsplanes und ist u. a. verantwortlich für

- die Koordinierung der Einzelprojekte zur Umsetzung des LAP
- die Beratung der Projektträger
- die Begleitung der Arbeit des Begleitausschusses und des Ämternetzwerkes
- die Öffentlichkeitsarbeit und
- die Fortschreibung des Lokalen Aktionsplanes.

Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes im 2. Förderjahr (01.01. – 31.12.2009)

Im Jahresverlauf reichten freie Träger insgesamt 24 Förderanträge mit einem Finanzvolumen von rund 164.890,00 EUR ein. Der Begleitausschuss bewilligte auf Grundlage der Förderbedingungen des Programms, der Ziele des Lokalen Aktionsplanes in Magdeburg sowie vor dem Hintergrund der begrenzten Fördermittel insgesamt 13 Einzelprojekte von neun freien Trägern. Weitere drei Maßnahmen konnten aus den kommunalen Mitteln gefördert werden, die nach einem Stadtratsbeschluss vom 10.12.2007 zusätzlich zur Verfügung standen. Insgesamt wurden so im Jahresverlauf 113.714,34 EUR verausgabt.

Zielerreichung

Positiv ist hervorzuheben, dass alle drei Leitziele mit mehreren Projekten bedient werden konnten.

Innerhalb des Leitziels 1 „Stärkung der demokratischen und politischen Kultur zur Prävention von Rechtsextremismus“ liegen die Schwerpunkte auf Maßnahmen im Bereich der Schule mit den beiden Zielgruppen Multiplikator/innen und Schüler/-innen. Die sieben geförderten Projekte entwickelten und erprobten ein breites Spektrum an methodischen und konzeptionellen Ansätzen, die nach Bedarf der Einrichtungen ihre erfolgreichen Umsetzungen fanden. In diesem Bereich spiegelt sich der präventive Ansatz des Bundesprogramms wider. Zudem ist hier die Akquise von Teilnehmer/-innen leichter. Bei einem geförderten Projekt konnten zudem Multiplikator/-innen an Grundschulen und Kindertagesstätten angesprochen werden. Das Angebot an Fortbildungen zur nachhaltigen Demokratieförderung konnte somit positiv erweitert und an Erfahrungen aus dem ersten Förderjahr angeknüpft werden.

Mit vier Projekten wird das Leitziel 2 „Förderung des interkulturellen Dialogs“ bearbeitet. Ein gefördertes Projekt setzt sich zum Ziel, das Verständnis für interkulturelle Zusammenhänge von Kindern und Jugendlichen mittels außerschulischer Angebote zu erhöhen. Ein anderer Träger

bietet eine mittelfristige Begleitung und Beratung zur Professionalisierung und Kompetenzsteigerung für Migrant/-innenselbstorganisationen (kurz: MSO) an. Gefördert werden konnten zudem zwei MSO direkt, welche den interkulturellen Dialog bereicherten. Übergeordnetes Ziel ist die Stärkung von migrantischen Vereinen in der Landeshauptstadt.

Dem Leitziel 3 „Förderung von Zivilcourage und zivilgesellschaftlicher Meinungsäußerung“ lassen sich drei Projekte zuordnen. Eine öffentlichkeitswirksame Installation am ehemaligen „Haus der Lehrer“ eröffnete vielen Bürger/-innen die Möglichkeit, sich mit ihrem Porträt aktiv für eine demokratische Gesellschaft und gegen Rechtsextremismus zu positionieren. Im Februar konnte die Ausstellung „Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland“ in der Stadtbibliothek gezeigt werden. Verschiedene Lokalmedien berichteten wiederholt über das Anliegen des Lokalen Aktionsplanes, konkrete Projektvorhaben oder Initiativen zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, die insgesamt auf eine stärkere Sensibilisierung der lokalen Öffentlichkeit schließen lassen.

Zielgruppenerreichung

Im zweiten Förderjahr des LAP konnte die benannte Hauptzielgruppe der Multiplikator/-innen sowie der Jugendlichen mit mehreren Einzelprojekten erreicht werden.

Im Bereich der Multiplikator/-innen ist jenes Projekt hervorzuheben, welches die Professionalisierung von Migrant/-innenselbstorganisationen zum Ziel hat. Mit Hilfe dieses Qualifizierungsangebots konnte die seit Jahren schwache Trägerlandschaft in diesem Feld in der Stadt gestärkt und eine professionelle Antragsstellung seitens der in Rede stehenden Träger erreicht werden.

Weiterhin motivierten die Erfahrungen aus dem ersten Förderzeitraum einen Träger zur Durchführung von Veranstaltungen für Multiplikator/-innen von Kindertagesstätten und Grundschulen. Anhand der Ausgangssituation der jeweiligen Einrichtung sollte die individuelle interkulturelle Kompetenz der Teilnehmenden gestärkt und mittelfristig, prozessorientiert einrichtungsspezifische Konzepte entwickelt werden. Im Bereich der Schule konnten sowohl Multiplikator/-innen als auch Jugendliche mit einem Projekt erreicht werden: „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ vernetzt dabei unterschiedliche Träger und Bildungseinrichtungen im Verfahren zur Titelerlangung. In dieser Phase wie auch nach der Verleihung des Titels bietet ein Trägerverbund interessierten Schulen Unterstützung bei der Umsetzung thematisch breit gefächerter Projekttag und Aktionen an.

Bisher konnten drei Projekte im Themenkomplex Interkulturelle Bildung initiiert werden. Teilweise waren MSO selbst Akteure in Phase der Projektentwicklung, der Antragsstellung sowie Umsetzung der Maßnahme. Mehrere Projekte richteten sich Anfang 2009 im Zusammenhang mit einer Demonstration rechtsextremer Gruppierungen an die gesamte Bürgerschaft und verfolgten das Ziel, den Diskurs und das Klima in der Stadt hin zu einem demokratischen und menschenrechtsorientierten Gemeinwesen zu stärken.

Fazit und Ausblick

Im zweiten Förderzeitraum ermöglichten die Zuwendungen des Lokalen Aktionsplan Magdeburg eine sinnvolle Ergänzung und Verstärkung der von Land und Kommune bereits unterstützten Initiativen in ihrem Bemühen zur Stärkung der Demokratie und damit der Zurückdrängung des Rechtsextremismus. Das in den letzten zweieinhalb Jahren aufgebaute Netzwerk von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren bietet so die Möglichkeit, zeitnah auf lokale Problemlage rechtsextremer Gefährdungen zu reagieren bzw. präventiv tätig zu werden. Auf den Zielen für den LAP aufbauend ist somit eine arbeitsfähige und beständige Trägerstruktur

entstanden, die Projektideen entwickelt und umsetzt. Die zuvor vorhandenen diffusen Vorstellungen zum Vorgehen gegen menschenfeindliche und antidemokratische Einstellungen und Handlungen konnten so in für das Gemeinwesen zielführende Netzwerke und Strukturen gebündelt werden.

Das vorrangige Ziel für 2009 war eine Bündelung der Ressourcen und Kompetenzen in integrierten vernetzten Maßnahmen. Die „Servicestelle Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sowie die Projekte „Heimat ist ..., wo Menschen sich engagieren“ und „Meine Vergangenheit für deine Zukunft“ sind erfolgreiche Beispiele solcher im Trägerverbund durchgeführten Maßnahmen.

Die Einbindung des LAP in die bereits bestehenden kommunalen Entwicklungskonzepte und Netzwerke hat sich als sinnvoll und wichtig herausgestellt. Gerade die Fokussierung einzelner Projekte auf bereits erkannte regionale Problemlagen sind hier als positive Beispiele einer Weiterentwicklung zu nennen. So konnten im Vorfeld der Kommunalwahl 2009 mehrere Projekte initiiert und erfolgreich durchgeführt werden.

Die Schaffung eines Beirats für Integration und Migration der Landeshauptstadt Magdeburg ist beispielhaft für das Land Sachsen-Anhalt und unabhängig vom LAP erfolgt. Die Mitarbeit des Integrationskoordinators, Abdoul Coulibaly innerhalb des Begleitausschuss bildet damit einen wichtigen Beitrag zur kommunalen Situation. Der Vertretung der Interessen von Migrant/-innen im Begleitausschuss wird somit Rechnung getragen.

Die Auseinandersetzung mit den in der öffentlichen Diskussion benannten und von neuesten sozialwissenschaftlichen Studien bestätigten hohen Zustimmungswerte zu rechtsextremen, fremdenfeindlichen und gewaltbefürwortenden Einstellungspotentialen innerhalb der älteren Bevölkerungsgruppen ist von den beteiligten Akteuren als ein wichtiges Handlungsfeld innerhalb des LAP benannt worden. Ein Verbund an Trägern hat hierzu ein tragfähiges Konzept entwickelt und erprobt dieses in der pädagogischen Praxis.

Zudem regten Koordinierungsstelle und Jugendamt im BGA eine Diskussion über eine Verstetigung der Arbeit nach Auslaufen der Förderung durch den Bund an, die 2010 fortgesetzt und intensiviert werden soll. Diskutiert und positiv aufgenommen wurde u. a. die Idee, den Beitritt Magdeburgs zur UNESCO-Städtekoalition gegen Rassismus anzuregen, einem internationalen Netzwerk, in dem sich Städte weltweit für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen.

Brüning